Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 182. **Sonnabend** den 1. Juli 1882. **76. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 2. Juli,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Legung der Pferdebahngeleise wird die **Blücherstraße** auf der Strecke zwischen Blücherplatz und Uferstraße **für die Dauer der Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 30. Juni 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartwig.

Bekanntmachung.

Das zum Nachlaß weiland des Gutsbesitzers und Ortsrichters **Gottlieb Wilhelm Baumann** in Sellerhausen gehörige, in **Neureudnitz, Taschenstraße 42,** gelegene Hausgrundstück, Fol. 42 des Grund- und Hypothekenbuchs und Nr. 43b des Brandcatasters für Neureudnitz, soll auf Antrag der Erben

Freitag, den 14. Juli 1882 Vormittags 11 Uhr

unter den im Termine noch bekannt zu gebenden Bedingungen an unterzeichneter Gerichtsstelle öffentlich versteigert werden, was für Ersteherungslustige andurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 29. Juni 1882.

Königliches Amtsgericht daselbst.
Abtheilung V. part. (Zimmer 80).
Mannsfeld. Sch.

Nichtamtlicher Theil.

Das Zusammengehen der Liberalen.

** Berlin, 29. Juni. Die Weise, wie die officiöse Presse infolge der Bismarck'schen Rede den gesammten Liberalismus unterschiedslos als den zu bekämpfenden Feind bezeichnet hat, muß naturgemäß das Bewußtsein der Gemeinsamkeit aller Liberalen in dem bevorstehenden Wahlkampfe schärfen. Die dem Reichskanzler dienenden Blätter schlagen noch immer den Ton höchster moralischer Entrüstung an, wenn auf liberaler Seite von der Nothwendigkeit gemeinsamen Widerstandes gegen die hereinbrechende Reaction die Rede ist. Und in der That, wir bezweifeln nicht, daß Fürst Bismarck trotz seiner neulich ziemlich unverblümt ausgesprochenen Sympathie für die unumschränkte Regierungsform ernstlich überzeugt ist, den wahren Fortschritt zu wollen. Das Schlimme ist nur, daß die Bismarck'schen Reformpläne, wie eine dreijährige Erfahrung lehrt, nicht von der Stelle kommen, während die kleinen Zugeständnisse, durch welche man die Mitwirkung der conservativ-liberalen Verbrüderung zu erwirken hofft, ohne Weiteres gemacht und ins Leben geführt werden. Und so ergiebt sich, daß aus diesem Verhältniß thatsächlich nur die Reaction einen Vortheil zieht, einerlei nun, ob derselbe an leitender Stelle um seiner selbst willen gewünscht wird oder nicht.

Dieser Gefahr gegenüber ist das Zusammenstehen aller Liberalen bei den Wahlen eine selbstverständliche Pflicht. Die conservativ-clerikale Mehrheit in unseren Parlamenten muß gebrochen werden. Zu dem Ende haben die Liberalen überall, wo ein auf dem Boden dieser conservativ-clerikalen Bundesgenossenschaft stehender Bewerber auftritt, Denselben gemeinsam zu bekämpfen, dann sie vor Allem zu verhüten, daß durch Zwist in ihren eigenen Lager dem gemeinsamen Gegner zum Siege verholfen wird. Aber ein ungerechtfertigtes und gefährliches Unternehmen scheint es zu sein, wenn man aus der Nothwendigkeit des taktischen Zusammengehens die Forderung einer Vernischung aller Gegensätze unter den Liberalen selbst herleitet. Wer wollte dem Gedanken einer einzigen, großen, in sich gleichartigen liberalen Partei nicht freundlich gegenüberstehen! Aber leider ist er unter den Bedingungen unseres praktisch-politischen Lebens ein leeres Trugbild. So eifrig er seit Jahren von einer Reihe unserer besten Männer verfolgt wird — gerade der wirkliche Erfolg ihrer Bemühungen kann uns in unserer Auffassung nur bestärken.

Wir sehen nicht, daß die dermalen im Reichstage am zahlreichsten vertretene liberale Fraction, die Fortschrittspartei, irgend wie Miene machte, in der liberalen Vereinigung aufzugehen; im Gegentheil, es ist kein Geheimniß, daß seit den letzten Reichstagswahlen der Widerwille gegen eine derartige Verschmelzung an Uebergewicht in der Fortschrittspartei nur noch gewonnen hat. Unter diesen Umständen wird man es den Nationalliberalen am wenigsten verargen können, wenn sie ihren eigenen Boden nicht verlassen wollen. Das Programm, welches heute alle Liberalen auf sich vereinigen würde, könnte nur das des Widerstands gegen alle reactionairen Bestrebungen sein. Ein solches rein negatives Programm aber ist überhaupt kein Programm. Kein ernster Politiker wird dabei seine Befriedigung finden können.

Darum sind wir auch stolz darauf, daß der Führer der Nationalliberalen bei den Verhandlungen über das Monopol sich nicht mit der reinen Abweisung begnügt, sondern klar und deutlich aus der unmittelbaren Gegenwart heraus und für dieselbe ein bestimmtes, praktisch durchführbares Programm hingestellt hat. Sectiererische Stimmen wissen an demselben zu tadeln, daß es dem Reichskanzler die Hand weit entgegenstrecke; in fortschrittlichen Blättern gar wird es fast wie ein Verbrechen betrachtet, wenn man überhaupt noch an die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit der gegenwärtigen Regierung denkt. Das Alles kann uns nicht irre machen. Schärfer als von Herrn von Bennigsen ist der Boden der constitutionellen Errungenschaften niemals vertheidigt worden. Aber sobald dieser Boden ehrlich gewahrt wird, sind wir bereit, jede Regierung überall zu unterstützen, wo sie die nach unserer Ueberzeugung richtigen Wege einschlägt. Ob Fürst Bismarck diese Wege jemals wieder betreten wird, ist eine Frage der Zukunft. Für heute hat die nationalliberale Partei ihrer Pflicht genügt, wenn sie ihrer eigenthümlichen Stellung durch den Mund ihres Führers von Neuem Ausdruck gegeben hat. Und diese Stellung wollen wir uns auch in dem bevorstehenden Wahlkampfe nicht verdunkeln lassen.

Leipzig, 1. Juli 1882.

Im preußischen landwirthschaftlichen Ministerium wird jetzt die Frage lebhaft erörtert, wie unsere Nord- und Ostseeküste wirksamer als bisher gegen die Sturmfluthen zu schützen seien, welche Wasserberge gegen die Küsten wälzen und dadurch ganze Landstrecken entweder verdanden oder wegschwemmen. Zu diesem Zwecke wird wahrscheinlich mit einer allgemeinen planmäßigen Regulirung der Dünen vorgegangen und die für dieselbe nöthige Summe in den Landeshaushalt eingestellt werden. Bereits in den Motiven zum Waldschutzgesetz war ein Gesetzentwurf angekündigt, nach welchem der Staatsregierung die ausschließliche Verwaltung der Sandbänke, Dünen 2c. übertragen und zum Schutz der letzteren geeignete Maßnahmen getroffen werden sollten. Gegenwärtig finden sich im Etat nur ganz unbedeutende Summen für das Dünenwesen und zur Herstellung von Steindeichen ausgesetzt.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Recht lehrreich ist es, die Mienen des Publicums zu studiren, welches sich zu dem preisgekrönten Plane des Reichstagsgebäudes des Frankfurter Architekten Wallot drängt. In der stillen Hoffnung, etwas Achtung Einflößendes, Neues, die Geister Zwingendes zu finden, treten die Beschauer heran und — ein leises Kopfschütteln der Enttäuschung, ein vielsagendes Verstummen ist das Ergebniß ihrer Prüfung. Es sind hierbei nicht die Laien ins Auge gefaßt, sondern das sachverständige Publicum der Architekten, die schon jetzt zahlreich aus allen größeren deutschen Städten sich hier zusammengefunden haben. Es nützt nicht, die Thatsache zu vertuschen, daß der Wallot'sche Entwurf, gelinde gesagt, keinen Enthusiasmus erweckt, und daß man sich den Monumental-Palast der deutschen Volksvertretung doch etwas ganz anders gedacht hat. Es giebt ein treffliches Kennzeichen, aus welchem von einem Bauplan auf die Wirkung geschlossen werden kann, die das fertige Werk üben wird, das ist die Vergegenwärtigung des Geschauten in der nachschaffenden Phantasie. Hinterläßt die Zeichnung ein festes Bild, so kann man sagen, daß dieselbe, mag sie auch ästhetisch nicht befriedigen, doch wenigstens den Vorzug hat, architektonisch geschlossen entworfen zu sein. Bemüht sich aber der Beschauer vergeblich, den Plan in seiner Erinnerung zu behalten, so liegt die bedenkliche Vermuthung nahe, daß er vorher nur ein schönes Bild, eine malerische Scheinfaçade gesehen hat. Von dem Wallot'schen Plan klagen Viele, daß es ihnen nicht gelingen wolle, diese spielenden Formen, diesen unruhig aus einander strebenden Aufbau von Säulen, Säulchen, Thurmansätzen und Kuppeln, der nirgends große und einfach behandelte Flächen aufweist, sich späterhin zu vergegenwärtigen. In einer Frage, die alle gebildeten Deutschen ganz hervorragend interessirt und in der eine Entscheidung für Jahrhunderte getroffen werden muß, darf selbst die wohlwollendste Rücksichtnahme nicht verhindern, daß diese unbefangene Stimme von Sachverständigen zum Ausdruck komme. Der Entschluß der Jury, von Herrn Wallot eine Umarbeitung seines Projects einzufordern, ist vielleicht das Erfreulichste an der nun einmal geschehenen und nicht wieder rückgängig zu machenden Art, wie die Entscheidung gefallen ist.

Es mehren sich die Nachrichten über Zugeständnisse, welche der katholischen Kirche vom Staate in Preußen gemacht werden. Nicht allein, daß die Bischöfe sich der zuvorkommendsten Behandlung von Seiten der Behörden erfreuen, daß ferner den mit Unterricht und Krankenpflege sich beschäftigenden Orden wieder gestattet ist, Dutzende von Novizen einzukleiden, und daß endlich die religiösen Körperschaften ihre sogenannte Missionsthätigkeit von Neuem aufnehmen dürfen, die Hauptsache ist, daß überall katholische Geistliche wieder mit der Schulaufsicht betraut und so die Schule an die Kirche ausgeliefert wird. Was für Folgen eine solche Nachgiebigkeit des Staates nach sich zieht, Das hat Prof. Jürgen Bona Meyer in Bonn bei einer besonderen Gelegenheit noch vor Kurzem in einer kleinen Schrift: „Der Kampf um die Schule" gezeigt, in welcher er die Frage erörtert, ob Staats- oder Kirchen-Schule? Ob religionslose oder Simultan-Schule? und die Grundsätze darlegt, welche er von der staatlichen Schulleitung befolgt zu sehen wünscht. Das Ergebniß seiner Studien faßt Meyer in den Satz zusammen: „Geschichtliche und gegenwärtige Erfahrung haben uns deutlich gezeigt, daß das Wohl und der Fortschritt der Volksbildung nur gedeiht, wenn die Fürsorge für dieselbe nicht Kirchensache, sondern Staatsaufgabe ist." Der geschichtliche Beweis gegen die fernere Zulässigkeit der von den Kirchen geleiteten und nach dem religiösen Bekenntniß gesonderten Schule nimmt seine Gründe hauptsächlich aus dem Katholicismus, unter dessen priesterlicher Herrschaft allerdings die Verkümmerung der Volksbildung sehr stark hervortritt, so in Italien, Frankreich, Oesterreich (in Tirol konnten von 1000 Recruten im Jahre 1869 nur 46 schreiben), Spanien, Polen. Indeß auch protestantische Gebiete wie Mecklenburg, wo noch im Jahre 1868 von 100 Recruten 26 gar keine und 59 eine mangelhafte Schulbildung hatten, geben in dieser Hinsicht zu denken und sollten dem preußischen Staate eine Warnung sein, die Geistesgenossen der mecklenburgischen Strenggläubigen, wie Meinhold und Andere, wieder mit der Schulaufsicht zu betrauen.

Herr v. Puttkamer hat auf seiner schleswig-holsteinischen Reise auch Altona besucht und den Vertretern der Stadt gegenüber die Versicherung gegeben, die Regierung werde Alles, was in ihren Kräften stehe, thun, um den Interessen und den Bedürfnissen Altonas gerecht zu werden. Die preußische Staatsregierung sei sich vollständig bewußt, welche Hülfe sie Altona gegen den mächtigen Nachbar Hamburg einräumen müsse. Der Minister des Innern beweist mit diesen wohlklingenden Worten wieder einmal, wie leicht und angenehm es ist, unverbindliche Verbindlichkeiten zu sagen. In Wirklichkeit hat sich die Schwesterstadt Hamburgs bisher einer allzu großen Rücksichtnahme seitens des preußischen Staatsministeriums nicht zu erfreuen gehabt, und welcher Art und Beschaffenheit „die Hülfe gegen den mächtigen Nachbar" sein soll, darüber werden sich die wackeren Altonaer ihre eigenen Gedanken machen, nachdem sie mit ihren Bitten und Begünstigungen beim bevorstehenden Zollanschluß abgewiesen worden sind, ja sogar den fenderbaren Vorwurf „destructiver Tendenzen" vom Finanzminister Bitter entgegennehmen mußten. Man brauchte Altona als Sturmbock gegen Hamburg, man stellte ihm die vollste „wirthschaftliche Selbstständigkeit" und eine directe Eisenbahnverbindung mit dem Hinterlande in Aussicht, und als Hamburgs Uebergabe außer Frage war, wurde das Hülfsmittel, welches seine Dienste gethan, gleichgiltig zur Seite geschoben. Von einem weiteren nationalen Gesichtspunct aus ließe sich hiergegen vielleicht nicht allzu Viel sagen, denn die Gesammtheit kann keine Vortheile davon haben, wenn auf Kosten Hamburgs künstlich ein Concurrenzmarkt großgezogen würde, der doch nicht lebensfähig ist. Herr v. Puttkamer hat also durchaus kein Recht, den Altonaern eine Hilfe zu versprechen, welche die Regierung zu leisten nicht gesonnen ist.

Die Ernennung des Schatzsecretairs Scholz zum preußischen Finanzminister ist nunmehr endgiltig beschlossene Sache; der Gedanke der Uebertragung dieses Amtes an den Fürsten Bismarck, falls je ernstlich gehegt, ist aufgegeben; das Maß der Selbstständigkeit des neuen Finanzministers wird dadurch freilich mehr formell als thatsächlich erweitert. Auch über die Leitung des Reichsschatzamtes ist bereits Beschluß gefaßt; zum Nachfolger des Herrn Scholz wird der Director im Schatzamt, Burchard, ernannt werden.

Die „Germania" protestirt wieder einmal gegen den Vorwurf, daß das Centrum eine Partei der politischen und kirchlichen Reaction sei, für welche es doch allgemein gehalten wird. Das Centrum sei eine Partei der Freiheit auf kirchlichem und politischem Gebiet. Man braucht sich in einen ganz nutzlosen Streit über den Begriff von ultramontaner Freiheit nicht einzulassen; darüber hat die Geschichte seit Jahrhunderten so deutlich gesprochen, daß jedes weitere Wort unnöthig ist. Vornehmlich interessirt an den Bemerkungen der „Germania" nur, daß das Centrum wieder einmal gut findet, sich selbst seinen Freisinn zu bescheinigen. Den einen Tag wird in dem leitenden Blatt des Centrums der Regierung und den Conservativen der Vorwurf gemacht, die Reactionspolitik auf allen Gebieten des Staatslebens nicht offen und energisch genug zu betreiben, den andern Tag spielt man sich wieder als Hüter der Freiheitsrechte auf. In Zeiten, wo die hochconservative Partei bestrebt ist, ihr Lager von allen nicht ganz zuverlässigen Elementen zu säubern, sich von allen auch nur im Geringsten Verdacht liberalisirender Neigungen hegenden Genossen zu trennen und sich immer enger mit dem gleichgesinnten Ultramontanismus zu ausgesprochenster Reaction zu verbinden, scheint es von dem letzteren recht unvorsichtig, sich als eine Partei der Freiheit aufzuspielen. Oder will man in den ultramontanen Kreisen absichtlich die Freundschaft mit den Conservativen nicht allzu eng werden lassen? Glaubt man auch dort, daß die Zukunft der Conservativen um so stärker gefährdet ist, je mehr bei ihnen die äußersten reactionairen Bestrebungen die Oberhand gewonnen haben, trachtet man unter dieser Bundesgenossenschaft mitzuleiden und bei den Wahlen schlechte Geschäfte zu machen, wenn man nicht gegen den Vorwurf reactionairer Ziele sich verwahrt? Man darf auf das Wahlprogramm des Centrums gespannt sein, welches die schwere Aufgabe übernimmt, die Ultramontanen als die nächsten Freunde der Hochconservativen und zugleich als eine Partei der Freiheit und der Volksrechte darzustellen.

Obwohl das Militairgesetz bekanntlich nur eine Dienstzeit von insgesammt 12 Jahren unter der Fahne, in der Reserve und der Landwehr vorschreibt, befand in Preußen noch eine auf älteren Bestimmungen beruhende 14jährige Dienstzeit. Jetzt bringt der „Reichsanzeiger" folgende Mittheilung: „Se. Majestät der Kaiser hat durch eine Allerhöchste Ordre vom 5. Juli v. J. auf Grund des §. 18 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. November 1867, bestimmt, daß von den Herbstcontrolversammlungen des Jahres 1882 ab auch im Königreich Preußen die Dienstpflicht 12 Jahre beträgt.

Bekanntlich ist soeben die Genehmigung des Kaisers für das vom 1. October ab geltende neue Statut der Akademie der Künste in Berlin erfolgt. Wie seinerzeit durch die dem Landtage vorgelegte Denkschrift bekannt geworden, bestehen die wesentlichen Veränderungen in den Einrichtungen der Akademie nach Maßgabe des neuen Statuts in Folgendem: Zunächst findet eine Vermehrung der Mitglieder des Senats auf 40 statt; zu wählen sind 2 Maler, 1 Bildhauer, 1 Architekt, 2 Musiker. Die Wahl erfolgt auf 3 Jahre, das Bestätigungsrecht übt der Cultusminister aus. Die unter Professor A. v. Werner stehende akademische Lehranstalt erhält den Titel „Akademische Hochschule für die bildenden Künste", während an die Spitze der akademischen Hochschule für Musik ein Directorium tritt, gebildet aus den vier Abtheilungsvorstehern und dem zweiten ständigen Secretair der Akademie. Endlich werden akademische Meisterschulen für Composition eingerichtet, denen die vom Minister berufenen Componisten Taubert, Grell und Bargiel vorstehen, welche unentgeltlich je höchstens 6 Schüler annehmen. Die Kunst- und Gewerbschule scheidet aus dem Verbande der Akademie aus.

Im Kloster der barmherzigen Schwestern zu Dernbach in Nassau hat am 23. d. M. in aller Stille die Einkleidung von mehr als 60 Novizen stattgefunden, zum ersten Male seit dem Beginne des Culturkampfes. Das Kloster verfügt über ein enormes Vermögen und hat etwa 100 Filialen in aller Herren Länder.

Bekanntlich werden in Preußen die Staatsbürger „nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden directen Staatssteuern" an den Wahlen betheiligt. Die Thatsache, daß unser ganzes constitutionelles Leben auf die Zahlung directer Staatssteuern gegründet worden, ist gewiß ein vollgiltiger Beweis, daß man eben dies directe Staatssteuersystem bei Errichtung eines constitutionellen preußischen Staats als den Hauptträger der öffentlichen Lasten, die Theilnahme an demselben als das Merkmal eines vollberechtigten Staatsbürgers betrachtet wissen wollte. Keine andere Thatsache ist so bezeichnend für die überaus wichtige Stellung, welche bis in die allerneueste Zeit hinein den directen Steuern nicht nur im Finanzwesen, sondern im ganzen Staatsleben Preußens eingeräumt werden, wie der enge Zusammenhang zwischen dem Wahlrecht und der directen Steuerzahlung. Man könnte im Zweifel sein, ob es bei Erlaß der Verfassung nicht die Absicht gewesen, Personen, die keine directe Steuer zahlen, vom Wahlrecht überhaupt auszuschließen. Jedenfalls würde eine weitgehende Aufhebung der directen Staatssteuern die ganzen Grundlagen gefährden und verschieben, auf denen das bestehende Wahlrecht errichtet ist, und eine Reform des Wahlsystems zur unvermeidlichen Folge haben. Wie könnte das Classenwahlsystem bestehen, wenn man in so weit gehendem Maße, wie mitunter in den bisherigen Erörterungen vorgeschlagen, dessen Grundlage, die Einkommensteuer, beseitigte oder durchbräche? Es lehrt Dies wieder, von wie überaus tiefgreifenden und bedeutsamen Folgen, nicht allein auf steuerpolitischem, sondern auch auf allgemein politischem Gebiet, die schwebenden Pläne zur Steuerreform sind und mit welcher Vor- und Umsicht dabei vorgegangen werden muß.

Trotz aller Mühlereien, trotz der Einschüchterungsversuche, denen Deutsche in Böhmen, wo es nur angeht, ausgesetzt sind, und trotz des numerischen Uebergewichtes der Czechen erblicken doch die Führer der national-czechischen Bewegung in dem Deutschthum ein Hinderniß, das sie mit allen ihren gewaltthätigen Mitteln nicht aus dem Wege schaffen können, ja eine Gefahr, durch die sie die Verwirklichung ihrer Endziele, die ausschließliche Herrschaft des Czechenthums in Böhmen, ernstlich bedroht sehen und von der sie durch noch so viele Gleichberechtigungs-Erlasse nicht befreit werden können. Für diese Leute ist der deutsche Geist nicht blos ein äußerer Gegner, gegen dessen Ueberlegenheit sie sich mit Mühe wehren — nein, er ist für sie zugleich ein innerer Feind, der sich ihnen in der Mitte des czechischen Volkes selbst entgegenstellt, welches trotz allen Parteizwanges auf die deutsche Sprache, Bildung und Cultur nicht ganz verzichten kann und will. Daher in den czechischen Blättern die ständige Klage über die Germanisirung der czechischen Gesellschaft, daher die krampfhaften Bestrebungen, den Czechen das Deutschthum auszutreiben und die Matica eigentlich erst recht zu czechisiren. Czechische Zeitungen beschweren sich darüber, daß geborene Czechen an ihren Häusern und Geschäften deutsche Aufschriften anbringen lassen, daß die wohlhabenden Czechen in Prag das deutsche Theater besuchen, deutsche Bücher und Zeitungen nicht blos kaufen, sondern auch lesen und schließlich sogar zum größten Theil — deutsch reden. Nachdem wir so oft in den czechischen Blättern verschern hörten, Prag sei eine rein czechische Stadt, erklärt jetzt ein jungczechisches Blatt, es sei dringend nöthig, daß die Landeshauptstädte und die Landstädte endlich einen mehr czechischen Charakter erhalten. Wie verträgt sich all Das mit den heuchlerischen Versicherungen, die wir so oft auch im Reichsrathe aus czechischem Munde vernommen haben, daß die Czechen Werth darauf [illegible] die deutsche Sprache sprechen und schreiben zu [illegible]

Um dem Gegehren der Bevölkerung von Krain, welche in der immer mehr um sich greifenden Slovenisirung der Schulen eine schon jetzt in unangenehmer Weise sich fühlbar machende Schädigung ihrer Interessen erblickt, Rechnung zu tragen, hat die Landes-Schulbehörde verordnet, daß schon in der zweiten Schulclasse der communalen Volksschulen von Laibach die deutsche Sprache gelehrt werden, in den oberen Classen aber als Unterrichtssprache vorherrschen und sich auf alle Hauptfächer erstrecken müsse. Die nationalen Blätter versuchen, ob dieser Verordnung Lärm zu schlagen, wagen sich jedoch nicht recht hervor, da sie fürchten, dadurch den schon seit der Thätigkeit des nationalen Gemeinderathes sich bemerkbar machenden Groll der Stadtbewohner zu steigern. Wie man hört, will auch der Deutsche Schulverein den Wünschen der Laibacher Aufmerksamkeit schenken und hier eine deutsche Schule errichten. Daß sich eine solche bei den obwaltenden Umständen der besten Frequenz erfreuen würde, braucht wohl nicht erst bemerkt zu werden. Die Petitionen um Erhaltung der deutschen Sprache in Schule und Amt laufen aus untersteirischen, darunter oft slovenischen Gemeinden immer zahlreicher ein.

Seit der tunesischen Expedition ist es wie ein Verhängniß über Frankreich gekommen. Die vielgerühmte Erwerbung hat nicht nur keine Vortheile, sondern unendlichen Schaden gebracht und das Land würde sich glücklich preisen, wenn heute die französischen Truppen mit Sack und Pack Tunis den Rücken kehren könnten. Auch Tunis gehört zum Orient, und tunesische Händel berühren die orientalische Frage, die es nun einmal nicht verträgt, daß an ihr gerüttelt werde. Frankreich steht heute so vereinsamt wie nie im europäischen Concert: die Türkei und Italien sind so feindselig wie möglich, Rußland und Oesterreich zum Mindesten kalt und ablehnend, England zweifelhaft und verdächtig, und der verhältnißmäßig sicherste Freund ist — immer noch Deutschland. Man kann sich selbst in Frankreich nicht mehr dieser Ueberzeugung verschließen. Mißbehagen und Verdrießniß breiten sich immer mehr aus, und zwar sind es nicht mehr allein die Gambettisten, welche den politischen Horizont verdüstert sehen, sondern auch feste und überzeugtgesinnte Anhänger Freycinet's. „Was wird aus der egyptischen Geschichte werden?" Diese Frage hört man überall in derselben Tonart wiederholen; Niemand kann darauf mit auch nur annähernder Bestimmtheit antworten und der Frager wendet sich ab mit einem Gesicht, auf dem man deutlich lesen kann: „Mein Gott, [illegible] konnte Frankreich in solcher Weise hinfallen!"

Einer Depesche des „Standard" zu Folge ist am letzten Sonntag in Lissabon eine Massenversammlung abgehalten worden, in welcher die Progressisten und Republikaner fraternisirt haben. Es wurden revolutionäre Reden gehalten, in denen der König und das Ministerium aufs Heftigste angegriffen wurden. Die Insassen des Gefängnisses Limoeiro brachen in eine Empörung aus, stürzten an die Fenster und schrien in Gegenwart einer aufgeputzten Militärtruppe: „Es lebe die Republik!"

Aus Petersburg wird gemeldet: Durch die letzte Verhaftung von Nihilisten auf dem Wassiljestrow ist ein hochgestellter Beamter entdeckt und verhaftet, der den Nihilisten als Spion wie seiner Zeit Kletotschkin diente. Der Mann heißt Wolkow, ist Kammerjunker und nahm im Ministerium des Aeußern einen wichtigen Vertrauensposten ein. Durch seine Hände gingen alle Anfragen bezüglich der im Auslande lebenden Nihilisten. Seine Aufgabe war es auch, alle dahinbezüglichen Depeschen aufzusetzen und zu entziffern. Er verrieth Alles den Nihilisten und bezog dafür monatlich eine bedeutende Summe.

Wegen Vermittelung der Correspondenz zwischen nihilistischen Festungsgefangenen und freien Nihilisten verhandelte am Sonnabend in Petersburg das Kriegsgericht gegen den Gendarmerie-Major Filimonoff und Stabscapitain Andrejeff des Festungs-Bataillons. Beide wurden